

Volkswacht

Insertionsgebühr die sechs gespaltene Zeilen, oder deren Raum 20 Pfg. Inserate der sozialdemokratischen Partei und der Freien Gewerkschaften 10 Pfg. Das Belegexemplar kostet 10 Pfg. Sprechstunden der Redaktion an allen Wochentagen 12-1 Uhr mittags.

Beilage: Die Neue Welt, illustriertes Unterhaltungsblatt

Organ für die werktätige Bevölkerung der Provinz Westpreußen

Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Telephon für Redaktion und Expedition 2537

Redaktion und Expedition:
Paradiesgasse Nr. 32

Nr. 92.

Danzig, den 13. November 1912.

3. Jahrgang.

Gewerbegerichts-Wahl!

Nach der Bekanntmachung des Magistrats finden die Neuwahlen zum Gewerbegericht am Donnerstag, den 14. November 1912, von mittags 12 bis nachmittags 2 Uhr und von 5 bis 9 Uhr nachmittags in folgenden Wahlstellen statt:

- I. Turnhalle der Mädchenschule, Weidengasse 61
- II. Turnhalle des Gymnasiums, Winterplatz
- III. Hilfsschule Heilige Geistgasse 111
- IV. Turnhalle der Oberrealschule St. Petri, Sansaplatz
- V. Knabenschule Neujahrswasser, Gasperstr. 47
- VI. Turnhalle der Schule Langfuhr, Bahnhofstr. 16a.
- VII. Turnhalle der Schule Schidlitz, Schulstraße 4/5.

Kein freiorganisierter Arbeiter darf der Wahlurne fern bleiben. Die Schwarzen und Jesuiten arbeiten mit allen Mitteln und scheuen sich nicht, die Brandfackel der Religion und Politik in den Wahlkampf zu schleudern. Arbeiter! Gebt diesen Verrätern der Volkswohlfahrt die richtige Antwort, stimmt nur für die Liste 3 der freien Gewerkschaften.

Wahlberechtigt ist jeder Arbeiter, der im Stadtbezirk Danzig wohnt oder beschäftigt, 25 Jahre alt und im Besitze einer Ausweiskarte ist, die von der Geschäftsstelle des Gewerbegerichts ausgestellt wird. Wer keine Ausweiskarte hat, kann nicht wählen.

Wahlberechtigt sind auch sämtliche Arbeiter des Baugewerbes, für die bisher das Schiedsgericht der Bauinnung zuständig war, dessen Auflösung am 31. Dezember 1912 erfolgt. — Nicht wahlberechtigt sind die in Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter.

Die frommen katholischen Jesuiten fordern den weiteren Völkermord.

„Oesterreichs katholisches Sonntagsblatt“ faselte in der letzten Zeit viel von der Rekatholisierung Europas. Dem „katholischen Kaiser Europas“, dem Habsburger, schrieb es dabei eine nicht unbedeutende Rolle zu als „außerordentlich wichtige Machtsprüche für die Stellung des Katholizismus unter den Imponderabilien europäischer Diplomatie“. Als die Wendung vom „katholischen Kaiser Europas“ von bürgerlicher antiklerikaler Seite aufgefaßt wurde als der Ausdruck fanatischer Gehässigkeit gegen Deutschland, als der Wunsch, Oesterreich möge, wenn nötig, mit Waffengewalt auch gegen Deutschland, das Herrschaftsgebiet der römischen Kirche erweitern, beziehe sich das oesterreichische Blatt, seinen Standpunkt dahin zu erläutern: Nicht Waffengewalt soll die Rekatholisierung Europas bringen, sondern:

„Der Sieg der katholischen Ideen, seine Kulturphilosophie wird Europa rekatholisieren, nicht Völkerverträge.“ (27. 10. 1912.)

Diese Rekatholisierung kann nur erfolgen nach endgültiger Niederwerfung des Liberalismus und der Sozialdemokratie. Um die Niederwerfung des ersteren, um „die Befreiung der Souveräne und des Volkes vom Liberalismus“ gehts den unentwegten Römischen zunächst:

„Und je weiter die Entwicklung des Liberalismus geht, umso näher rückt die Reaktion des katholischen Kulturgedankens. Die Woge des Individualismus hat ihre Religion, den Protestantismus, ihre Politik, die Demokratie, ihre Wirtschaftsgrundsätze in der schrankenlosen Entfaltung der konkurrierenden Einzelkräfte, ihre Wissenschaft in der Antimetaphysik, ihre Kunst in der eckigsten Ungebundenheit. Der kontradiktorische Gegensatz des extremen Individualismus ist der katholische Autoritätsgedanke, die Idee der Kirche und des Katholizismus, der diesen kontradiktorischen Gegensatz auf all den eben genannten Gebieten zum Ausdruck bringt. Der Liberalismus steht äußerlich auf dem Höhepunkte, aber eben weil er ihn erreicht hat, darum eröffnet sich bereits weit der klare Ausblick in das jenseitige Land, und das ist der Lichtstrahl auf allen Gebieten: katholische Renaissance.“

So friedlich, wie sich hier die Durchsetzung der „katholischen Renaissance“ anseht, wollen sie die unentwegten Schwarzen aber gar nicht. Sie wollen anlässlich der Balkanmissionen Politik, die zum Bettenbrand führen muß und sie bedauern diese Aussicht auch nicht, sondern versprechen sich davon eine endgültige Niederwerfung des Liberalismus und der Sozialdemokratie. Die Unentwegten haben aus dieser Auffassung nie ein Hehl gemacht. Oesterreichs katholisches Sonntagsblatt schreibt z. B.:

„Anker Ideal ist deshalb nicht die Aufrechterhaltung des Bestandes der europäischen Türkei, sondern die Errichtung eines dauernden Bestandes des katholischen Oesterreichs und der katholischen Kirche auf der Balkanhalbinsel.“

Das Organ der deutschen katholischen Aktion, das „Katholische Deutschland“ heizte in seiner Nummer vom 6. Oktober folgendermaßen:

„Doch Oesterreich darf und wird nicht träge sein. Es hat schon erklärt, nicht dulden zu wollen, daß Serbien die Hand auf den Sandhaß Nowibazar legt, der eigentlich schon längst oesterreichisch sein sollte — wird es das Ländchen daher nehmen. Da Oesterreichs Truppen bereit sind, wird der Spaziergang vielleicht

bis Konstantinopel gehen, und wir können nur sagen: Glückauf, Oesterreich! — Mögen endlich die verrotteten Türken, die zu ihrem schmutzigen Islam auch noch Freimaurer geworden sind, und jetzt deswegen das Christentum doppelt hassen, endlich einmal aus Europa vertrieben werden! Konstantinopel dem westeuropäischen Christentum, nicht aber den Russen, oder den Türken! Möge Oesterreich dann als Schiedsrichter zwischen den Balkanstaaten walten, wozu es wie kein anderer Staat berufen ist, möge es den Ruhm haben, wieder das katholische Kreuz auf der Sophienkirche aufzupflanzen. Es hat ihn durch jahrhundertelangen blutigen Kampf gegen den islamitischen Kulturzerstörer wahrhaftig verdient! Also Glückauf, Oesterreich, laß Dich nicht stören — England fürchtet sich vor uns, Rußland vor der Meuterei — Frankreich hat verdorbenes Pulver und neues noch nicht erfunden.

Und Deutschland steht hinter Dir, jetzt oder nie wird den Russen das Spiel verdorben!“

Dieselbe Nummer brachte ein Gedicht, das denselben Geist atmete:

Kreuzfahrer-Ruf.

Nun trachts am Balkan wirklich los
Mit Freiheitsruf, mit Kampfsgebot —
Der Serbe knallt und der Bulgar —
Der Grieche und der Skiptar —
Voran, du tapfres Oesterreich!

Zu lang schon drückt des Türken Joch,
Nun ward er Freimaurer gar noch,
Und mordet nicht für Mohammed,
Nein auch für Ferrer, früh und spät —
Voran, du christlich Oesterreich!

Du sätest deiner Söhne Blut
Jahrhundertlang in edler Glut
Nimm Halbmond für den Glauben aus:
Nun kommt die Ernte wohl nach Haus
Voran, du edles Oesterreich!

Der Russe zittert, — Albion
Blickt bangend auf die Reichskanon' —
Nun greife zu, nimm auch Byzanz
Und wahr dem Christentum es ganz,
Voran, Tu sieghaft Oesterreich!

Gib jedem Volk, was ihm gebührt,
Mit Liebe, die Dich stets geziert,
Du, Deutsches Reich, halt christlich Wort
Und wirf des Türken Freundschaft fort,
Und wahr dem Christentum es ganz!

Welchen Zukunftshoffnungen sich die Schwarzen für den Fall eines solchen Weltkrieges hingeben, verrät „Oesterreichs katholisches Sonntagsblatt“ (27. 10. 12). Es erklärt den Gedanken eines christlichen Slavenreichs für eine große Idee und kann deshalb „den kleinen Friedensstörern am Balkan, den schneidigen und tapferen, die Sympathie nicht verjagen.“ Das Blatt ist sich klar darüber, daß seine Politik zum Weltkrieg führen muß, es verwehrt sich zwar dagegen, daß dieser Krieg eine Rolle in seinem Programm der katholischen Restauration spiele, aber was es hofft und wünscht, sagt es mit folgenden Worten:

„Ein gründliches Gewitter erfrischt und reinigt die drückende Atmosphäre und wir halten dafür, daß, wenn es zum Schlimmen kommt, der sittliche und wirtschaftliche Gewinn Europas schließlich groß sein wird. Noch ist die Sozialdemokratie nicht stark genug, einen Krieg zu hindern. Und unter den Gefühlswerten eines Europatrieges bricht sie zusammen mit ihren Millionen von Mitläufern. Und unter den Gefühlswerten eines solchen Krieges bricht auch der moderne Liberalismus zusammen. Es schade Europa nicht, wenn seine Verhältnisse einmal gründlich durchgerüttelt würden. Nur einen würde es auch wirtschaftlich tödlich verwunden, einen mächtigen Faktor, der die Presse und die Kabinette beherrscht, den Bankliberalismus der Geldmagnaten. Darum werden auch in seinem Solde die Presse und die Kabinette sich bis zum letzten Augenblicke wehren, und wenn die rechte Hand des Diplomaten erleichtert den Säbel lockert, so darf die Linke es nicht wissen.“

Wir sehen: Neben dem imperialistisch befangenen, auf den Weltkrieg unaufhaltbar zusteuenden Kapitalismus die Kirche als Bundesgenosse! Grund genug für uns, diesem völkermordbringenden Bundesgenossen des Kapitals bei unserm Kampf gegen den Kriegswahnsinn spezielle Aufmerksamkeit zu schenken.

Es ist aber auch der Hinweis, auf die Haltung der Schwarzen augenblicklich deshalb interessant, weil sich in Oesterreich eine „Neuorientierung“ in der Balkanfrage vollzieht. Die Reichspost, das Organ der Christlich-Sozialen führte dieser Tage in einem Leitartikel aus, daß die Politik des Status quo nicht mehr aufrecht zu erhalten sei, daß Oesterreich ein warmherziger Anwalt der Balkanstaaten sein und ihnen ohne Preisgabe eigener Interessen zu Gebietserweiterungen verhelfen könne.

Wie die Germania vom Dienstag erfährt, entsprechen diese Ausführungen den Auffassungen hoher Oesterreichischer Kreise.

Es sind also alle Ausichten für weitere internationale Entwicklungen vorhanden und die Schwarzen dürfen den Ruhm für sich in Anspruch nehmen, dazu ihr zedlich Teil beigetragen zu haben.

Politische Übersicht.

Der Sieg der Demokraten in Amerika.

Wie schon gemeldet hat die Präsidentenwahl in den Vereinigten Staaten die Wahl des Demokraten Wilson ergeben. Er ist mit einer solchen Mehrheit gewählt worden, wie es seit hundert Jahren noch keinem Präsidentenwahlkandidaten geglikt ist. Im Senat und im Repräsentantenhaus werden in Zukunft die Demokraten über starke Mehrheiten verfügen. Aus dieser politischen Konstellation wird sich ergeben, daß nun die Demokraten für die Verwirklichung ihrer Prinzipien eintreten müssen, die darin gipfelt, den Kampf gegen die Trusts und gegen den Hochschutzzoll aufzunehmen. Die tiefgehende Unzufriedenheit unter der werktätigen Bevölkerung, die durch die grauenvolle Ausbeutung der Kapitalistenklasse sich immer mehr bemerkbar macht, hat dieses Resultat ergeben. Ob diese Unzufriedenheit sich auch in der Erkenntnis äußert, der sozialistischen Weltanschauung die Wege zu ebnen, läßt sich nach den bisherigen eingelaufenen Wahlergebnissen, während wir dies schreiben, noch nicht bestimmen. In Milwaukee, das unser Genosse Berger bisher im Repräsentantenhaus vertreten hat, ist es bis zur Stunde zweifelhaft, ob derselbe gegenüber der bürgerlichen Koalition das Mandat behauptet haben wird.

Aus Wien wird gegen bestimmt behauptet, daß dort die Wahl... Der neue Präsident, Dr. Wilson, ist am 28. Dezember 1856 im Staate Virginia geboren.

Der neue Präsident, Dr. Wilson, ist am 28. Dezember 1856 im Staate Virginia geboren. Er ist so seit der Präsidentschaft Roosevelts und dem Bürgerkrieg der erste Südländer, der das weiße Haus bezieht.

Zu verächtlichen Mälen hat sich Wilson gegen die Korruption in seiner Partei, vor allem gegen Tammany, gewandt. Auf die Nachricht vom Siege Wilsons erklärte Präsident Taft:

Das Ergebnis der Wahl bedeutet einen nahe bevorstehenden Umschwung in der Wirtschaftspolitik der Regierung, betreffend den Zolltarif, falls dieser Wechsel ohne Schaden für die Wohlfahrt des Landes verwirklicht werden kann.

Die asiatische Türkei.

Der Türke wird aus Europa verjagt. Das ist die gewaltige Wirtung der Einigung der vier Balkanstaaten und des Schlags... Es bleibt nun den Osmanen noch ein Nierenreich in Asien.

Da ist vor allem Arabien, das sich niemals viel um Stambul kümmerte. Die arabischen Nomadenstämme sind die eigentlichen Nachbarn. Ständig muß die türkische Zentralregierung darauf geachtet sein, daß sie gegen „unheimliche“ Stämme Krieg führen muß.

Die Gefahr, die heute der Türkei droht, ist ihre Herrschaft über die Araber. Die Araber sind heute ein mächtiger Faktor in der Welt. Sie sind heute ein mächtiger Faktor in der Welt.

Eine russische Drohung gegen Österreich.

Interessanter. In einem internationalen behaupteten Artikel in der „Liberation“... Die Russen haben sich nicht nur in der Balkanhalbinsel, sondern auch in der Türkei geltend gemacht.

Die türkischen Forderungen.

Paris. Die türkische Ministerpräsidenten... Die türkischen Forderungen sind: 1. Die Rückgabe der Provinzen...

Schlossen, da die Balkanstaaten eine unabhängige Entwicklung anstreben. Wenn Österreich das türkische Vorderland nach dem Abzug des Meeres begünstigt, so wäre ein engerer Verband für die Zukunft möglich.

Deutschland.

Die Sozialpolitik des Zentrums im Liede.

Wie sich die sozialpolitische Tätigkeit der katholischen Arbeiterorganisationen in Prosa vollzieht, darüber haben die Vertreter dieser Organisationen in den letzten Jahren genügenden Aufschluß gegeben.

Liederbuch

für die Vereine katholischer erwerbstätiger Frauen und Mädchen, Dienstmädchen, Krankenpflegerinnen und Jungfrauen. Wie Demut, Unterwürfigkeit und Ehrergebenheit darin herrscht, wird durch folgende Strophen einen Beweis, das auf die Melodie: Stimmt an mit hellem, hohen Klang, zu singen ist:

Im Schweiß des Angeichts soll Sein Brot der Mensch hier essen. So sprach der Herrgott einst zu ihm. Wir habens nicht vergessen.

Rein, gern und fleißig schaffen wir. Schon an dem frühen Morgen. Und oft der späte Abend noch Sieht plagen uns und sorgen.

Und scheint es manches Mal auch schwer Das Leben hier auf Erden, Wir denken in Zerknirschtheit Es wird schon besser werden.

Des Sonntags, an dem Tag des Herrn, Bei keinem lieben Herzen. Da holen wir uns Rat und Trost, In unsern Sorgen, Schmerzen.

Und drückt die Last uns gar zu schwer, Berlied uns, was wir liebten. Da geben wir vertrauensvoll Zur Trösterin der Betrübten.

Und haben im Bereiche wir Uns alle eingefunden. Denn rinnen reich bei Ernst und Scherz Bei Sang und Spiel die Stunden.

So leben wir, so streben wir Mit loblichem Bemühen. So wollen wir, wenn Gott uns hilft, Den Himmel einst gewinnen.

Da aber die Aussicht auf den Gewinn des Himmels allein nicht genügt ist, die mühen, abgerackerten Frauen mit ihrem Boie abzumenden, ist noch eine zweite Trösterin gefunden, die nicht viel kostet — die Kaffeekanne. Sie wird in folgenden kleineren Strophen beimgen.

Im Krug, dem großen braunen, da fehr' ich lustig ein, Den Kaffee trink, den lieben, den schürft ich durstig ein. Halt' ich mir die Tassen, die werden nimmer leer, Dich, Kaffee, sollt' ich lassen? Das wär' mir gar zu schwer.

Ich sitz' mich zu dem Krug, des Morgens in der Früh' Und nach des Abends späte, denn der verläßt mich nie. Seyn aus keinem Grunde, schüß' neue Schönheit ich Denn in keinem Krug will bleiben ewiglich.

Denn ich, Du lieber Kaffee, mir treu ins Angeicht, Du beide, wir verstehen uns, so herzlichlich. Du bist mein treu Gefährte, und ich, ich bleib bei Dir. Du bist mir Herz und Augen, ich pers' dich für und für. Du bist mein Gut und Alles, denn auch die Jugend flieht. Du bist mir noch der Kaffee, und man fröhlich aufgetruht!

Herz und Augen werden von Kaffee geküßt, demnach braucht Du dich nicht abzugeben zu sein. Dagegen wird besonders das Pflanzmädchen empfohlen, für ihre alle Jünglichkeit ihr ganzes Leben zu opfern. Nach dem alten Gedächtnis: Steh' ich in dem Krug, dem großen braunen, da fehr' ich lustig ein.

Die kleine Krug, den guten Grund, Geht über ganz, das ist gar hoch, Das ist die Krug, die ist die Krug, Die ist die Krug, die ist die Krug.

Die ist die Krug, die ist die Krug, Die ist die Krug, die ist die Krug, Die ist die Krug, die ist die Krug, Die ist die Krug, die ist die Krug.

Die ist die Krug, die ist die Krug, Die ist die Krug, die ist die Krug, Die ist die Krug, die ist die Krug, Die ist die Krug, die ist die Krug.

Die ist die Krug, die ist die Krug, Die ist die Krug, die ist die Krug, Die ist die Krug, die ist die Krug, Die ist die Krug, die ist die Krug.

Die ist die Krug, die ist die Krug, Die ist die Krug, die ist die Krug, Die ist die Krug, die ist die Krug, Die ist die Krug, die ist die Krug.

Die ist die Krug, die ist die Krug, Die ist die Krug, die ist die Krug, Die ist die Krug, die ist die Krug, Die ist die Krug, die ist die Krug.

Die ist die Krug, die ist die Krug, Die ist die Krug, die ist die Krug, Die ist die Krug, die ist die Krug, Die ist die Krug, die ist die Krug.

Die ist die Krug, die ist die Krug, Die ist die Krug, die ist die Krug, Die ist die Krug, die ist die Krug, Die ist die Krug, die ist die Krug.

Welch' idealer Schwung von Menschenwürde, Kulturbegisterung und — Kampfeslust strahlt aus diesem Liederbuch, das nirgends seinesgleichen haben dürfte in Deutschland, und das auch wohl nur den allzeit getreuen Schafen vorgelegt werden darf, die die Gefolgschaft des Zentrums bilden.

Die Opperener Erbschaft und die Polenpresse.

Kürzlich fand im Landtagswahlkreis Opperen eine Erbschaft statt, in der die Polen den zentrumlich-konfessionellen Mischmasch kandidaten unterlagen. Vorher war dieser Kreis durch polnisch-zentrumliche Kompromißabgeordnete vertreten. Daß die polnische Presse sich mit besonderer Wut gegen das Zentrum wendet, weil es nicht nur die polnischen Interessen den Konfessionellen verkauft, sondern auch den katholischen Glauben verraten hat, ist erklärlich.

So schreibt der Dziennik Gasky:

„Das hakatistische, freimaurerische, liberale Zentrumskompromiß hat geseigt. Das katholische schlesische Zentrum veranlaßte die Wahl eines protestantischen Abgeordneten am Tage vor dem 25 jährigen Jubiläum Seiner Eminenz des Kardinals Skopp in Breslau. Es ist außerordentlich schön zusammengetroffen, daß der Opperener Landrat in dem Augenblicke siegte, und den katholischen Abgeordneten verdrängte, als der Minister v. Trost zu Solz am Jubiläum teilnahm.“

Die Gazeta Opol'ska schreibt:

„Der Landrat selbst mit seiner Frau besuchte, wie uns berichtet wurde, Wahlmänner. Auf diese Weise mußten wir die traurige Tatsache erleben, daß polnische Wahlmänner im Angesicht von sechs anwesenden Geistlichen, welche zur Wahl erschienen waren und durch Stimmabgabe die Verbindung mit dem polnischen Volke bezeugt haben — diese Geistlichen und ihr Gewissen verleugnet haben, nicht allein ihr polnisches Gewissen, (!) sondern auch ihr katholisches. Mit Lutheranern haben sie gewährt, mit Freimaurern, mit Hakatisten, mit Liberalen, gegen ihre eigenen Rechte, gegen ihre Person. Eine wahre Schmach ist es, daß unabhängige Männer, nicht zum geringen Teile polnische Wirte, solchen Schimpf, solche Schande über das polnische Volk gebracht haben, welches sie seiner Zeit als Wahlmänner, d. i. als Vertreter seiner Ueberzeugung und seiner Wünsche erwählt hat. Wir haben sogar von einem Wahlmanne gehört, welcher deshalb den Landrat gewählt hat, damit er mit dem Schulzen oder Amisvorsitzer auf die Jagd gehen kann. Solche Polen, solche Katholiken haben wir.“

So hat dem der ganze Hakatismus vor Freude Triumph gebannert in der Stadt und in seinen Schmierblätter über seine standhaften „Preußen“, von denen nach der Wahl „Ich bin ein Preuße“ gesungen wurde. Und im Herzen freuten sie sich, daß es ihnen gegliückt ist, mit so leichten und elenden Mitteln polnische Wahlskafaien und Regierungsdienerschaft auf ihre Seite zu ziehen und zum Verrat am heiligen Vermächtnis der Väter zu verleiten...“

In einem weiteren Artikel nennt das Blatt den Erfolg der Schacherpolitik des Zentrums einen Pyrrhussieg und verzeichnet die Tatsache, daß von allen geistlichen Wahlmännern nur Pfarrer Sonneid im Sinne des Zentrums gestimmt habe! Demnach wollen die katholischen Geistlichen im Opperener Kreis vom Zentrum nichts wissen. Diese „Berührung“ wird denn auch von der Zentrumspresse mit tränenden Augen festgenommen.

Weiter sagt zum Wahlausfall die Gazeta Ludowa:

„Der Geistliche Kapika, (der durch Rücktritt die Erbschaft veranlaßte d. Red.) und das Zentrum haben der katholischen Sache einen ungeheuren Schaden zugefügt. Trotz dieses Schadens, trotz dieses Schimpfes, den sie der katholischen Sache zugefügt haben, werden die Zentrumsleute noch in einem fort schreiben, daß sie die Beschürzer des katholischen Glaubens sind. Indessen heißt es in der Hl. Schrift: An ihren Werken werdet ihr sie erkennen. Wir haben die Zentrumsleute vollständig durchschaut, die mit dem Munde, mit dem Munde, dem polnischen Volk blauen Dunst vormachen. Deswegen wird es immer und überall unsere Losung sein: Weg mit dem Zentrum von der polnischen Erde! Weg mit diesen politischen Judassen!“

Wie wir sehen, sind die Polen über den Ausfall der Wahl sehr aufgeregt. Sie haben mit dem Zentrum und mit der Kompromißerei mit dieser Partei schließlich keine andere Erfahrung gemacht wie andere Parteien auch. Wer mit dem Zentrum Freundschaft schließt, wird betrogen. Heute sind die Betrogenen die Polen, morgen andere. Wenn das Zentrum mit den Hakatisten in Schlesien Bruderschaft gemacht hat, so weiß es, warum. Es macht mit den Konfessionellen eben bessere Geschäfte als mit den oppositionellen Polen. Und was sich das Zentrum schließlich aus den Klagen der Polen über den Wahlausfall macht, zeigen die Auslassungen der Reijser Zeitung, über die oben gebrachten polnischen Pressestimmen:

„Allen Respekt vor derartiger journalistischer Messerstecherei, an der die polnische Fraktion und besonders Piarrer Brandys, der Mann der Zukunft, helle Freude haben muß.“

Weiter so und es mühte lächerlich komisch zugehen in Gottes Weltgeschichte, wenn Ende 1913 auf der „polnischen Erde“, mit Breslau als Hauptstadt, noch ein einziger Zentrumsman anzutreffen wäre. Das Exemplar mühte ausgestopft und als Anschauungsmittel für den polnischen Geschichtsunterricht von Schule zu Schule geschickt und schließlich ins polnische Nationalmuseum zu Breslau verbracht werden.“

Was werden die Polen auf diesen blutigen Hohn der hakatistischen Schwarzen antworten? Werden sie nur in Schlesien gebührende Antwort finden? Wir meinen, das genügt nicht. Im westlichen Deutschland werden die polnischen Wähler vor den Zentrumsleuten gespart. Da geht der Betrug der Polen durch das Zentrum weiter. Wird des so bleiben, nach den Schlägen, die die Polen im Osten von den schwarzen Betrügnern erhalten?

Evangelische Arbeiter und christliche Gewerkschaften.

Der Fall Traub hat bekanntlich die sogenannten „Positiven“ aufgedeckt. Am 21. Oktober hielten sie in Dortmund eine Versammlung ab, in der sie zu der Wählregelung des freigeiminten und gemehrten Piarrers Traub Stellung nahmen. In dieser Versammlung der „Positiven“, die der evangelischen Eitenggläubigen, gleich auch der christlich-soziale Arbeitersekretär und Führer der konfessionell verwässerter christlichen Gewerkschaften, Reger aus Essen gegen Traub. Man muß wissen, daß Traub kein Freund der christlichen Gewerkschaften ist, sondern mehr die kirchlich-trüderischen Gewerkschaften protegiert. Darum die Angriffe Regers gegen Traub. Auf welch fruchtbareren Boden die Parole „den christlich-sozialen Sekretärs gefallen sind, beweist ein Eingekandt eines evangelischen Arbeitervereinsmitglieds in der Dortmunder Zeitung. Wir lesen da u. a.:

„Herr Reger ist Sekretär der „Christlichen Gewerkschaft“ in Essen und hätte als Gewerkschaftsbeamter wissen müssen, daß er den Boden der Neutralität nicht verlassen dürfte, wenn er namens der Arbeiterorganisationen sprechen wollte. Oder ist der Ausdruck „religiös und politisch neutral“ den christlichen Gewerkschaftsführern nur eine Phrase? Nach der Handlungsweise des Herrn Reger muß man es annehmen. Was versteht derselbe übrigens unter „christlich-national“? Es gibt wohl eine ultrakatholisch-lutherische und eine deutsch-evangelische Arbeiter-

schaft. Die Weltanschauung dieser beiden Richtungen zu vereinigen, ist unmöglich. Macht Herr Meyer trotzdem den Versuch, dann stempelt er sich dadurch selbst zum Schildträger des Ultramontanismus. Für diese Waffenbrüderschaft werden viele evangelische Arbeiter aber bestens danken und es wird ihnen zum Bewußtsein kommen, daß der Beitritt zur „Christlichen Gewerkschaft“ für sie eine große Gefahr in sich birgt. Unter den Mitgliedern der letzteren befinden sich geradezu Anhängler als Gegner P. Traub. Den katholischen Mitgliedern geht der Fall Traub erst recht nichts an; Meyer sprach aber im Namen aller. Dadurch hat er in die evangelische Arbeiterchaft einen Feuerbrand hineingeschleudert. Was dabei heraustritt, wird die Zukunft lehren. Den Schaden wird die „Christliche Gewerkschaft“ davontragen. Herr Meyer aber mag sich sagen lassen, daß längst nicht alle evangelischen Arbeiter orthodox und christlichsozial sind und auf eine solche plumpe Entgleisung die gebührende Antwort zu geben wissen. Wer sich nicht die Finger verbrennen will, soll nicht mit Feuer spielen.

Gustav Manns, Mitgl. d. ev. Arb.-Bereins.
Die christlich zentrierte Presse hat von dieser Abfuhr bisher eine Notiz genommen. Eine Veröffentlichung würde sonst vielen evangelischen Arbeitern Veranlassung geben, den verlogenen und neugierigen christlichen Gewerkschaften den Rücken zu kehren. Darum das Schweigen.

Ein neuer christlicher Verrat!

Aus Anlaß der Lohnbewegung bei der Firma Kersten in Erfog, über die wir bereits berichteten, sind am Samstag, den 19. Oktober, in den Betrieben der Orte des Niederrheins die Mitglieder des Deutschen Tabakarbeiterverbandes gekündigt worden. Die Fabrikanten wollen sie durch Aus Hungertum niederzwingen. Sie werden ihr Ziel nicht erreichen!

Die edlen Christen zeigen sich dabei wieder in ihrer ganzen Blüte. Trotzdem unsere Mitglieder gekündigt sind und trotzdem die christlichen Mitglieder bei der Firma Gebrüder Blum in Goch noch fester Solidariätgefühl besaßen, die am 14. Oktober verzagte Ueberarbeit zu verweigern, unterstützt das Organ der christlichen Tabakarbeiter in Nr. 42 vom 18. Oktober die Fabrikanten. In der genannten Nummer findet sich folgende Anzeige:

Zigarrenmacher

für Formarbeit bei gutem Lohn gesucht.
Schriftliche Angebote an Gebrüder Blum,
Goch (Rheinland).

Tiefer hinab gehts nicht mehr mit den Christen! Ein Verbrechen kann nicht vorliegen, denn die vorliegenden Differenzen sind überall ausführlich besprochen worden, auch in dem christlichen Blatte. Es bleibt demnach nur die Annahme übrig, daß man durch einen erbärmlichen Streich die eigenen Berufskollegen verraten will, um Ruhme der neuen christlichen Streikbrechertat!

Aus frommen Gefilden.

Anfang Oktober wurde in Krefeld der Kaplan Coenen aus dem Grenzorte Schaag zu vier Jahren Zuchthaus verurteilt. 14 Jahre Zuchthaus hatte der Staatsanwalt beantragt. Der „fromme“ Mann hatte nicht allein in der Sakristei der Kirche Messediener geschlechtlich mißbraucht, sondern sich auch in einem Falle in eben solcher Weise an einem seiner Religionschüler vergangen. Dieses Musterbeispiel eines Schweinepriesters wurde aber auch Abwechslung und lockte kleine Mädchen in die Bücherei, wo er sich an ihnen verging.

Jetzt werden aus Krefeld neue Schweineereien eines frommen Laien gemeldet, dieser, ein 73-jähriger Mann, lockte in vielen Fällen Mädchen im Alter von 10 bis 13 Jahren an sich, machte ihnen Geschenke und verging sich dann, zumeist in seiner Wohnung, an ihnen. Er wurde verhaftet.

Kleine politische Nachrichten.

Spionage-Prozess. Das Reichsgericht verurteilte die Stadttagelöhner Westermann und Grether, beide in Karlsruhe wohnhaft, wegen Spionage zu je drei Jahren und den Eisenhobler Stieffater aus Belfort zu zwei Jahren Zuchthaus. Es wurde als erwiesen erachtet, daß die Angeklagten einen deutschen Unteroffizier zu verleiten versucht hätten, ihnen geheime Schriftstücke zu übergeben, die sie dem französischen Nachrichtendienst ausliefern wollten.

Im Reichsamt des Innern wird am Montag, 25. November, eine Konferenz zusammenberufen, die eine Verständigung darüber herbeiführen soll, wie die weiteren Mittel zur Förderung des Baumwollbaues in den deutschen Kolonien aufgebracht werden sollen. Die Mittel werden dem Kolonialwirtschaftlichen Komitee zur Verfügung gestellt.

Die polnische Presse Westpreußens kündigt für die nächste Zeit die Abhaltung eines polnischen Tages in der Provinz Westpreußen an, der dem Proteste gegen die Enteignung dienen soll.

Sonderbesteuerung der Konsumvereine in Preußen. Die Steuerkommission des preußischen Abgeordnetenhauses hat beschlossen, auch die Rückvergütung der Konsumvereine unter dem Titel „Kundengewinn“ zu besteuern. Nur 4 Prozent Rückvergütung sollen steuerfrei bleiben. Bis zur endgültigen Entscheidung im Plenum, die voraussichtlich im Dezember fällt, müssen die preußischen Konsumvereine gegen diese ausnahmsgefehlte Sondersteuer einen energischen Feldzug durchführen.

Ausland.

Norwegen.

Wahlniederlage der Regierung. — Wahlsieg der Sozialisten.
Christiana. Die ersten Urwahlen zum Storting fanden am 6. November in 26 Kreisen statt, deren Resultat nunmehr vorliegt. Die Wahlen sind auch weiter zu ungunsten der Regierung ausgefallen, deren Partei nun weitere 14 Kreise, im ganzen 23, verloren hat. In den 26 Kreisen wurden 11 Radikale, 9 Sozialdemokraten und nur 6 Mitglieder der Regierungspartei gewählt. Die Sozialdemokraten besitzen nun bereits 17 Plätze gegen 11 im vorigen Storting und werden noch mehr bei den Wahlen in den letzten 37 Kreisen erobern, die am 11. November stattfinden. Das Schicksal der Regierung ist entschieden: sie wird voraussichtlich sofort nach Beendigung der Wahlen abdanken.

Amerika.

Wilson's Sieg.

Neugock. Nach dem überwältigenden Siege Wilsons rechnet man für März nächsten Jahres mit einer Ertragskrisis des Kongresses zur Tarifrevision. Die republikanische Partei ist so gut wie vernichtet.

Nach den letzten Wahlergebnissen hat Wilson in 40 von 48 Staaten und zwar mit 442 Elektorstimmen gesiegt. Roosevelt erhielt 77, Taft 12 Stimmen. In Volksstimmen entfielen

auf Wilson 6192 000, auf Roosevelt 4194 000, Taft 3 537 000. Die voraussichtliche Zusammensetzung des Unterhauses wird sein: 287 Demokraten und 122 Republikaner sowie 16 Progressisten.

Rußland.

Von der russischen Flotte.

Sebastopol. Unter der Beschuldigung der Vorbereitung von Flottenunruhen sind 17 Matrosen vom Marinegericht zum Tode und 106 Matrosen zu vier- bis achtjähriger Zwangsarbeit verurteilt worden. 29 Angeklagte sind freigesprochen.

Affen.

Ein russisch-mongolisches Abkommen.

Petersburg. Ein russisch-mongolisches Abkommen ist am 3. November abgeschlossen worden. Darin sagt die russische Regierung der Mongolei ihre Unterstützung zur Aufrechterhaltung des autonomen Regiments zu, das sie errichtet hat. Ebenso soll das Recht auf ein nationales mongolisches Heer in dem Bestreben, chinesische Truppen und chinesische Ansiedler von ihrem Territorium fernzuhalten gewahrt werden. Der Sowerän der Mongolei und die mongolische Regierung verlassen wie bisher dem russischen Handel und den russischen Untertanen ihre Besitzungen. Rechte und Privilegien, die im Protokoll aufgezählt sind. Dabei versteht es sich, daß Untertanen anderer Nationen in der Mongolei nicht mehr Rechte als die russischen Untertanen genießen dürfen.

Danzig.

„Fromme“ Taktik.

Das hiesige „fromme“ Jesuitenblatt überschüttet uns mit einem wahren Wutgeheul anlässlich des Artikels über die Gewerbegerichts Wahl in voriger Nummer, das wilden Indianern alle Ehre gemacht hätte. Es zeigt dies so recht, daß unsere Hiebe gefessen haben und unsere Kritik der schwarzen Brüder gerechtfertigt war. Würden sich die Arbeiter selbst dem Teufel verschreiben, kämen sie immer noch vortheilhafter davon als bei diesen „christlichen“ Gauklern. Bewiesen ist, daß nicht wir es waren, die die Religion und die Politik in den Wahlkampf um die Gewerbegerichtsbeisitzer gezerzt haben, sondern die national-christlichen Heuchler. Es ist den freien Gewerkschaften gar nicht eingefallen, in ihren Veröffentlichungen, von Politik zu reden oder zu schreiben. Was hat die Gewerbegerichts Wahl mit der Sozialdemokratie, mit Nationalismus und mit Religion zu tun? Wir möchten das Westpreußische „Volksblatt“ — der Titel ist natürlich für das Blatt zu schade — um Auskunft darüber bitten. Das „edle“ Blatt schreibt, daß die Sozialdemokratie die Bitte 3 für die Gewerbegerichts Wahlen aufgestellt habe. Das ist eine saubere, unerschämte Lüge. Dadurch wird seitens der Schwarzen an die niedrigsten Instanzen der Arbeiter appelliert. Funken von Unstund und Ehrgeiz haben wir bei allen Anlässen auf Seiten der Schwarzen leider vergeblich gesucht. Lüge und Verleumdung stehen obenan, in Vereinbarung mit elender Heuchelei. Das Hineingerrn der Partei- und Gewerkschaftsbeamten ist ein Beweis für vorstehendes. Man will damit die Verbannung der Arbeiter in Permanenz hochhalten, um daß die Schwarzen im Trüben fischen können.

Wenn weiter behauptet wird, daß die Sozialdemokratie in der christlich-nationalen Arbeiterbewegung ihren schärfsten Gegner gefunden hat, so ist dies weiter nichts als ein albernes Nachbeten von Gemeinplätzen. Alle unsere Gegner behaupten von sich, daß sie die „Schärfsten“ sind. Aber nicht alle können von sich behaupten, auch die gemeinsten zu sein. Dieses Recht werden wohl alle anderen Parteibewegungen — außer dem Reichs-„Wahrheits“-Verband — der christlich-nationalen Arbeiterbewegung und den Schwarzen überlassen. Gerade letztere haben die Verrohungstheorie mit Eleganz durchgeführt. Das zeigt sich bei allen Versammlungen der schwarzen Finstertlinge, wo es ein anders Gesimter wagt, seine Meinung zu äußern. Es ist gerichtlich festgestellt, daß die rohen Gesellen sich meist aus den christlichen, vornehmlich aber katholischen Kreisen rekrutieren. Mit Knüppeln, Steinen, Messern und anderen „geistigen“ Waffen ist bei der letzten Reichstagswahl in den Regierungsgründen der Bischöfe und Kapläne, gegen unsere Genossen und auch gegen andere vorgegangen worden. Man will hier der Sozialdemokratie etwas fruktifizieren, was man selber tut, um die Ahnungslosen von sich abzulenken, mit der Devise: haltet den Dieb. Ganz recht, fromme Tante. Die Schwarzen kommen, aus Vaterland, Glauben, Religion, Leben lassen, usw. nicht heraus. Wir fragen noch einmal, was hat das mit der Gewerbegerichts Wahl zu tun? Bei einem Reichstagswahlkampfe ließe sich das noch hören. Aber hier ist es ein Verbrechen, diese Dinge in den Wahlkampf zu werfen, und die Arbeiter gegenseitig zu vergiften. Glauben denn die Schwarzen etwa, wir sollen dagegen still sein, wenn aus Unkenntnis ihrer Klassenlage die Arbeiter von einer Heuchlerische Partei eingefangen werden sollen? Das glaubt doch kein Pferd. Ehe etwas seitens der freien Gewerkschaften geschehen ist, kamen Inzerate des christlich-nationalen Komitees, die politische und religiöse Gesichtspunkte in der bekannten und geschilderten Tonart, in den Wahlkampf schleuderten. Oder, wissen diese Herren nicht, was sie geschrieben haben und was sie noch fortgesetzt tun? Dieses steht fest und ist weder durch Verleumdung noch Lüge wegzumachen.

Die freien Gewerkschaften brauchen ihre Position nicht mit unehrlichen Mitteln zu schützen. Allein die Tatsache, daß die freien Gewerkschaften immer mehr an Umfang gewinnen und die christlich-nationalen in steter Mitgliederabnahme begriffen sind, stachelt die Schwarzen bis zur grenzenlosen Wut gegen die freien Gewerkschaften auf, die sich darin äußert, mit dem Inhalte der Kloaken und Gassen zu kämpfen. Jeder denkende Arbeiter wird wissen, was er von den Schwarzen zu erwarten hat, und sich am Wahltage danach richten.

Christlicher Terrorismus — oder christliche Liebe?

Das eifrigste Bestreben der „Christlichen“ ist darin, eine einige Arbeiterchaft zu zerklüften um sie weniger widerstandsfähig gegen die Unterwerfung zu machen. Trotz der vom Verband der Deutschen Buchdrucker stets geübten Neutralität in politischer und religiöser Hinsicht war das Sinnen und Trachten der christlichen Arbeiterzerpflüchter darauf gerichtet, eine christliche Buchdruckerorganisation zu schaffen. Doch es wollte lange Zeit nichts damit werden. Alle Lockmittel und Schmeicheleien halfen nichts, alle wüsten Schimpereien und elenden Verleumdungen konnten es nicht bewirken, daß die in Frage kommenden Buchdrucker von ihrer Organisation abließen, denn sie sahen ihre Interessen im Verbands sehr gut gewahrt.

Nach dem großen Streit von 1891/92 wurde von Streikbrechern ein Verein gegründet, der sich Gutenbergbund nannte. Dieses gelbe Gebilde konnte nicht leben und nicht sterben. Es suchte vor einigen Jahren Anschluß bei einem stärkeren Bruder. Die Hirsch-Dunderschen lehnten die Aufnahme ab. Die „Christlichen“ öffneten weit die Arme und drückten den neuen „Mitstreiter“ an ihren jungfräulichen Busen. Sie waren einander wert; sie hatten sich gesucht und gefunden. Eitel Freude und Fröhlichkeit herrschte unter den Christlichen über die neue Erwerbung, denn nun hatten sie eine „christliche Buchdruckerorganisation“. Um das stolze Kind zu hegen und zu pflegen, wurden sämtliche zur Verfügung stehenden Jauchekübel über den Verband der Deutschen Buchdrucker entleert. Man hoffte hierdurch einen Massenübertritt von katholischen Verbänden in den „christlichen Bund“ zu veranlassen. Aber alle Mühe war umsonst, der Gutenbergbund blieb eine Mißgeburt, während der Verband mit jedem Jahre größer und stärker wurde. (Augenblicklicher Stand: Verband rund 65 000 Mitglieder, Gutenbergbund 3000.)

Um dem „christlichen Bunde“ neues Blut zuzuführen, würden alle möglichen und unmöglichen Mittelchen verlust. U. a. wurde seit einigen Jahren darauf gesehen, daß in Zentrumsdruckereien Gutenbergbündler beschäftigt werden.

Dieses Bestreben ist auch in jüngster Zeit hier in Danzig in die Erscheinung getreten. Nachdem die Druckerei des Westpreußischen Volksblattes in eine Aktiengesellschaft verwandelt wurde, war auch eine der Hauptfragen der Leitung, „christlich“ organisierte Buchdrucker einzustellen. Nachdem im Frühjahr dieses Jahres einige Verbände entlassen worden waren, wurden im Herbst sechs Gutenbergbündler, die aus dem hinterpommerschen Pulkamerun importiert waren, eingestellt. Siegesbewußt konnte das Westpreußische Volksblatt vor einigen Monaten verkünden, daß sich auch in Danzig christliche Buchdrucker zusammengesunden und einen Ortsverein des „christlichen Gutenbergbundes“ gegründet hätten. Eine „stättliche“ Anzahl (acht Männleken) habe sich vereinigt, um hier das christliche Banner zu entfalten.

Um Platz zu schaffen für weitere Importen wurde vor einigen Wochen der Korrektor, nebenbei bemerkt ein gut katholischer Buchdrucker, unter nichtigen Vorwänden entlassen, ohne Rücksicht darauf, daß der Entlassene Familienvater ist. Seine einzige Sünde war die Zugehörigkeit zum Verbands. Ein Beweis seiner beruflichen Tüchtigkeit ist der, daß, nachdem er vom Westpreußischen Volksblatt entlassen, die ihn früher beschäftigende Firma sofort wieder eingestellt hat. Trotz der „christlichen Liebe“ wie sie sich im Westpreußischen Volksblatt offenbart, ist nur ein Unverheirateter, ein gewisser Wolff, zum Bunde übergetreten. Ueber Wolff lesen wir im Korrespondent der Deutschen Buchdrucker folgende ergötzliche Biographie:

Der jetzige bündlerische Schriftführer Wolff, der nach dem Versammlungsbericht im „Tpp.“ zu seinem „hohen Amte“ schon berufen wurde, bevor er seinen Beitritt zum Bunde erklärte, war zur rechten Zeit auf die fixe Idee verfallen, er werde überall seiner Religion wegen verpöthet. Daß er in der Druckerei nur mit untergeordneten Arbeiten beschäftigt wurde, weil er für andre technisch unbrauchbar ist, das führte der junge Mann auf Terrorismus zurück. Der von ihm zur Schau getragene religiöse Fanatismus ließ ihn sogar darüber zeteren, daß unsere Versammlungen am Sonntagvormittag tagten! Selbst das bezeichnete der Bundeskandidat als Neutralitätsbruch, weil der Sonntag der Kirche gehöre. Dieser Grundsatz war natürlich nur ein Scheinheiliger, denn Wolff handelte selbst nicht immer danach. Die Betätigung von so viel „echt“ christlicher Gesinnung konnte einer entsprechenden Belohnung sicher sein. Der „Märtyrer“ mußte unbedingt in den neuen Betrieb hinein. Um dauernde Kunst zu haben, mußte natürlich der Uebertritt zum „christlich-nationalen Arbeiterbewegungsverein“ in Aussicht gestellt werden.

Wie uns aus Buchdruckerkreisen mitgeteilt wird, grämt sich im Verbands der deutschen Buchdrucker niemand über diesen Verstoß, sondern gönnt dem Gutenbergbunde diese neueste Erwerbung neidlos. Unserer Meinung nach können nur idiotisch veranlagte Menschen einer so starken, leistungsfähigen Organisation, wie dem Buchdruckerverbande, um eines Phantoms willen den Rücken kehren.

Diese Art Leute zeteren über den Terrorismus der freien Gewerkschaften und üben ihn selbst in Reinkultur aus. Wie er bei den Christlichen ausgeübt wird, zeigt die Aeußerung eines der aus Pulkamerun importierten Bündler:

„Ich wundere mich, daß wir Bündler hier von den Verbandsmitgliedern so anständig behandelt werden. Wir in Köslin haben es ganz anders gemacht. Wie dort mal ein Verbändler aus Berlin engagiert wurde, zeigten wir ihm keinen Winkelhaken, Schippe und Schriftpfäfen, verweigerten jede Auskunft, so daß er sich gezwungen sah, schon nach drei Tagen aufzubrechen!“

Kommentar überflüssig. (Was sagt das hiesige Jesuitenblatt dazu. Anmerkung der Redaktion.) Wir sehen hier wiederum, daß den christlichen Wirtschaftsfriedlichen kein Mittel zu schlecht ist, um ihre Reihen zu stärken. Daß sie mehr im Interesse der Unternehmer tätig sind, als im Interesse der Arbeiterchaft. Hieraus geht hervor, daß ein aufrechter, freier Mann am 14. November bei der Gewerbegerichts Wahl niemals für die „christlichen Arbeiterzerpflüchter“ eintreten kann. Wähle daher ein jeder die Liste der freien Gewerkschaften Liste 3.

Wir haben keine Schuld

wenn Sie vom Briefträger die Volkswacht nicht regelmäßig erhalten. Reklamationen sind daher nicht an den Verlag zu richten, sondern das Postamt

ist davon zu verständigen, welches für sofortige Abhilfe Sorge tragen wird.

Ein guter Rat in teurerer Zeit.

Ohne teures Fleisch kann die Hausfrau wohl schmeckende, nahrhafte Suppen herstellen, wenn sie die bekannten Maggi Suppenwürfel zu 10 Pfennig für 2-3 Teller kauft. Maggi Suppen stehen den besten mit Fleischbrühe zubereiteten Suppen in nichts nach. — Mehr als 40 Sorten. — Beim Einkauf achte man aber auf den Namen Maggi und die Schutzmarke „Kreuzstern“.

Stadt-Theater.

Dienstag, den 12. November, abends 7 $\frac{1}{2}$ Uhr. P. P. D. II.
Näher Abonnements.

Autoliebchen.

Volle mit Gesang und Tanz in drei Akten von Jean Gilbert.

Mittwoch, den 13. November, abends 7 $\frac{1}{2}$ Uhr. P. P. E. II.
Abonnements-Vorstellung.

Die weisse Dame.

Donnerstag, den 14. November, abends 7 $\frac{1}{2}$ Uhr. Näher Abonnements.

P. P. V. I. Nachfeier von Dreyers 50. Geburtstag. Novität.
Zwei Male. **Der lächelnde Knabe.** Ein Scherzspiel aus vier Tagen von Max Dreyer.

Freitag, den 15. November, abends 7 $\frac{1}{2}$ Uhr. Abonnements-Vorstellung.

Hinter Mauern.

Sonnabend, den 16. November, abends 7 $\frac{1}{2}$ Uhr. Abonnements-Vorstellung.

P. P. C. I. Bei ermäßigten Preisen. **Margarethe.**

Sonntag, den 17. November, nachmittags 3 Uhr. Fremden-Vorstellung.

Bei ermäßigten Preisen. **Wilhelm Tell.**

Sonntag, den 17. November, abends 7 $\frac{1}{2}$ Uhr. Näher Pöfsepartout-Abonnement. Neu einstudiert. **Der Mikado** oder: Ein Tag in Titipu. Operette.

Öeffentliche

Volkssammlung

am Sonnabend, den 16. November, abends 7 Uhr im Etablissement Café Bürgergarten des Herrn Steppuhn, Schildlich.

Tagesordnung:

1. Diplomatie - Kriegsfurie, - Völker-schicksale.

Referent: Landtagsabgeordneter **Robert Leinert**, Hannover.

2. Freie Diskussion.

Ortskrankenkasse der Maler- und Lackierer-Gehilfen zu Danzig.

Sonntag, den 17. November 1912, vormittags 10 Uhr, im Restaurant **Walters**, Röbergasse 23

Generalversammlung.

Tagesordnung:

1. Wahl eines Vorstandsmitglieds aus dem Kreise der Arbeitgeber.
2. Wahl von zwei Vorstandsmitgliedern aus dem Kreise der Arbeitnehmer.
3. Wahl von drei Revisoren zur Prüfung der Jahresrechnung.
4. Beschlußfassung über das Fortbestehen unserer Kasse.

Die Herren Arbeitgeber werden höflichst erlucht, zu dieser Versammlung recht zahlreich zu erscheinen.

Der Vorstand.

Achtung!

Achtung!

Deutscher Holzarbeiterverband

Zahlstelle Danzig.

Mittwoch, den 13. November, abends 8 Uhr, im Lokale des Herrn Steppuhn, Schildlich

Außerordentliche

Mitgliederversammlung.

Tagesordnung:

„Wie stellen wir uns zu der Kündigung unserer Tarifverträge?“

Referent, Kollege **Aug. Sichfeld**.

Alle Mitglieder müssen in dieser Versammlung anwesend sein. Das Mitgliedsbuch ist am Eingange des Saales vorzulegen. Ohne Buch kein Zutritt.

Die Ortsverwaltung.

3. 4. St. Umerholt.

Künstliche Zähne 1.00, 3.00, 4.00 Mk.

Stiftzähne, Kronen- und Brückenarbeiten.

Zahnziehen fast schmerzlos in 5 Minuten fallen 1,00 Mk.

Bei Bestellung von 100 oder mehr Zahnpulver kostenlos.

Plomben 1 - 2,00 Mk. an.

Umarbeitungen und Reparaturen 1,00 Mk. an.

Zahn-Praxis

Georg Haselmann, Dentist

Milchkanalengasse Nr. 31 II.

Arbeitsstunden von 7 bis 7 Uhr. Sonntags von 9 bis 1 Uhr.

Zentralbibliothek Danzig.

Öffentliche Buchausgabe an jeder geschäftlichen oder politischen Gelegenheit. Alle Bestellungen durch das Empfangsbüro oder die Zentral-Bücherei.

Schreibzettelgröße 1500 Bände. Katalog 10 Pf.

Öffnen.

Mittwochs von 7 - 8 Uhr abends

Sonntags von 6 - 8 Uhr abends

Die Bibliothek befindet sich

Dominikswall 8, Hof, 1 Treppe.

Neu

eingetroffen ist eine hervorragende Auswahl in

pelz-Konfektion.

Entzückende Boas, Muffen, Garnituren etc. etc.

Damen-

Mäntel, Ulster, Jacketts, Blusen, Röcke, Kostüme etc. etc.

Wochenrate **1⁰⁰** Mk.

Herren- und Knaben-

Anzüge, Paletots, Ulster

Wochenrate **1⁰⁰** Mk.

Nie Pindo Nachf.

M. GRAU

Holzmarkt 4

Parterre, I., II., III., IV. Etage
Fahrstuhl.

Kredit nach allen Orten.

1 Sofa.
1 Tisch.
4 Stühle, 1 Vertiko.
1 Spiegel.
1 Kleiderschrank.
2 Betten.
1 Waschkommode.
1 Küchenschrank.
1 Küchentisch.
2 Küchenstühle.
1 Eimerspind.
Gardinenstangen.
Rosetten, Konsole.
Kohlenkasten.
Küchenrahmen.

Wochenrate

nur

1⁵⁰ Mk.

Bruttolauter Ausnahmepreise.

1 Kleiderschrank.
1 Vertiko.
Spiegelspind,
grosser Spiegel,
Sofa, Ausziehtisch,
2 Betten, komplette,
4 Stühle, 2 Säulen,
1 Teppich, 2 Bilder,
Küchentisch,
2 Stühle, Küchen-
rahmen, Küchenbüfett,
1 Eimerschrank,
Gardinenstangen,
Rosetten, Konsole,
Waschkommode.

Wochenrate

nur

2⁵⁰ Mk.

Lieferung direkt und franko.

1 Trumeau,
Spind und Vertiko mit
Muschel,
2 kompl. Paradebetten,
Kommode,
Salonsofa,
6 elegante Stühle,
2 Säulen, 2 Bilder,
Bauern Tisch,
Teppich,
Waschtoilette,
Kücheneinrichtung,
2 Bettvorleger,
Gardinenstangen,
Rosetten.

Wochenrate

nur

3⁰⁰ Mk.

Einzelne Zimmer und Küchen

Wochenrate **1⁰⁰** Mk.

Polstersachen werden nur in eigener Werkstatt hergestellt.

Grösste Reellität.

Diskrete Bedienung.

Billigste Preise.

Spezialität: Stilreine Einrichtungen von 200 bis 15 000 Mk.

Parteitag für Westpreußen.

Der diesjährige Parteitag findet statt Sonntag, den 17. November 1912, von morgens 10 Uhr ab in Danzig, bei Steppuhn in Schidlitz.

Tagesordnung:

1. Bericht des Provinzvorstandes.
Referent Genosse Julius Gehl.
2. Die Presse.
Referent Genosse Fosten.
3. Bildungsbestrebungen und Jugendbewegung.
Referent Genosse H. Müller - Berlin.
4. Die preussischen Landtagswahlen 1913.
Referent Landtagsabgeordneter Leinert.
5. Anträge.

Zur Teilnahme am Parteitag sind berechtigt:

1. Die Delegierten der Partei aus den einzelnen Ortsvereinen. Die Wahl der Delegierten erfolgt nach Maßgabe der Mitgliederzahl. Es können gewählt werden: in Ortsvereinen bis zu 100 Mitgliedern ein Delegierter, bis 200 zwei, bis 300 drei, bis 600 vier, bis 1000 fünf, über 1000 für je 200 ein Delegierter. Die Vertretung richtet sich nach der vom Provinzvorstand auf Grund der an ihn abgeführten Beiträge festgestellten Mitgliederzahl. Wo mehrere Delegierte zu wählen sind, soll unter den Delegierten möglichst eine Genossin sein;
2. die Mitglieder des Provinzvorstandes;
3. die Reichstagsabgeordneten oder Reichstagskandidaten der Provinz;
4. ein redaktioneller und ein geschäftlicher Vertreter der Volkswacht;
5. Vertreter des Parteivorstandes;
6. die vom Provinzvorstand berufenen Referenten.

Die Kosten für die Delegierten tragen die Ortsvereine. Auf Antrag kann der Provinzvorstand die Kosten für einen Delegierten solcher Ortsvereine übernehmen, die nicht imstande sind, die Kosten zu tragen. Die Kosten für die übrigen Teilnehmer tragen die Instanzen, die sie delegieren. Anträge zum Parteitag sind spätestens zwei Wochen vor dem Parteitage dem Provinzvorstand einzureichen. Delegierte, die in Danzig übernachten wollen, wenden sich an den Unterzeichneten.

Der Provinzvorstand.
J. A. Julius Gehl.

Antrag von Elbing.

Zum Organisationsstatut des Provinzverbandes.

Der Paragraph 4 erhält folgende Fassung:

Die Geschäfte des Verbandes besorgt der Provinzvorstand, der aus 7 Parteigenossen, darunter mindestens 1 Genossin, und dem Parteisekretär für Westpreußen besteht.

Nach jedem Provinzialparteitag wird der Provinzvorstand neu gewählt, und besteht aus 4 Genossen von Danzig-Stadt, 1 Genossen aus Danzig-Land, 1 Genossen von Elbing-Marienburg. Die Wahlen werden von den zuständigen Parteiorganisationen vollzogen.

Den Delegierten zum Westpreussischen Parteitag zur gefälligen Kenntnis, daß am Sonntag, den 17. November, vormittags, am Hauptbahnhof ein Empfangskomitee, an roten Schleifen kenntlich, zur Abholung bereit ist.
Die Parteileitung.

Danzig.

Eine bodenlose Gemeinheit der Christen.

Den Boden des Anstandes und der Ehrlichkeit im diesjährigen Wahlkampf verlassen zu haben, wird den „sozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftsbeamten“ in einem christlichen Flugblatt zum Vorwurf gemacht. Unsere Beachtung. Sie legen wie die Teufel und schwindeln aus Prinzip! scheint unseren werten Brüdern in Christo arg auf die Nerven gefallen zu sein. Statt nun aber Selbsterkenntnis zu üben, holen sie gleich zu einer neuen faulstichigen Lüge aus. So wurde am Sonnabend, 9. November, in einer christlichen Versammlung von der Leitung des christl. Holzarbeiterverbandes behauptet: Der Vorsitzende des deutschen Holzarbeiterverbandes, der Genosse Unterhalt, habe bei einer Vertretung vor dem Amtsgericht in Zoppot, wo er die Interessen eines Kollegen gegen einen Arbeitgeber, wahrnehmen sollte, sich mit demselben geeinigt und die Differenz der Forderung und der Summe, auf die man sich einigte, mit dem Arbeitgeber, zum Nachteil des klagenden Kollegen verpfändet.

Wir wissen nicht, ob es Praxis der christlichen Gewerkschaftsbeamten ist, derartige Einigungen mit den Unternehmern einzugehen. Man sucht bekanntlich keinen hinter dem Ofen, wenn man nicht selbst dahinter gefessen hat. Die Mitteilung in der Versammlung wurde mit dem Hinweis verknüpft, diese Lüge nach Möglichkeit im jetzigen Wahlkampf auszunützen, nach dem Grundsatze „Der Zweck heiligt die Mittel“. Dieser Vorgang beweist uns, wie trefflich der Ausdruck paßt: „Sie legen wie Teufel und schwindeln aus Prinzip“.

Den Verleumdern wird der Genosse Unterhalt die Gelegenheit geben, für diese schamlose Lüge den Beweis anzutreten.

Zur Gewerbegerichts-Wahl.

Wir haben selbstverständlich nicht erwartet, daß die schwarzen Streikbrüch-Christen und ihr Westpreussisches Volksblatt uns für die Kennzeichnung, die wir ihnen in der letzten Nummer zu teil werden lassen mußten, danken würden. Wir haben nicht einmal erwartet, daß sie ihrer Gefolgschaft die Wahrheit über unsere Ausführungen mitteilen würden. Trotzdem sind wir von den wiederholt zentruntschäftlichen Anrempelungen einigermaßen erfaßt, mit denen wir und die nicht zentruntschäftlich organisierte Arbeiterkraft im Westpreussischen Volksblatt bedacht wurden. Ein so blödes Geschwätz ist selbst für das Westpreussische Volksblatt und seine geistreichen Hintermänner ein Ereignis. Wenn eine Menge aufgeblähter Phrasen tatsächlich eine Antwort wären, dann sind wir nicht nur widerlegt, sondern gänzlich zerschmettert.

Moralisch zeigt sich das schwarze Blatt und sein „christlich-nationalistisches Wahlkomitee“ wieder ganz auf seiner gewohnten

Söhne. Es bringt die fettgedruckte Lüge, daß die Sozialdemokratie 1890 „gegen das Gewerbegericht“ gestimmt hat, trotz unseres Nachweises der abgrundtiefen Verlogenheit, die zu dieser infamen Behauptung gehört, ungeniert wieder als Wahlaufspruch! Der schöne christliche Mut, der zu dieser Tat gehörte, durchzieht die beiden zarten Ergüsse, die das Jesuitenblatt am 9. November gegen uns richtete, von Anfang bis Ende. Die Methode ist aber sehr verständlich; das böse Gewissen der aus-gewerktschäftlichen Zentrumsjesuiten rechtfertigt sie mehr als genügend. Selbst den noch zentruntschäftlichen Arbeitern ist bekannt, daß religiöse Gläubigkeit bei den Arbeitgebern am wenigsten vertreten ist. Im Arbeitsverhältnis lassen auch die zentruntschäftlichsten Unternehmer nur wirtschaftliche Rücksichten entscheiden und pfeifen auf die religiösen Pflichten. Selbst ein so Ergötter, wie der zentruntschäftliche Kirchenrat Herzog, war der führende Scharfmacher bei der Bauarbeiter-Ausperrung und sorgte rücksichtslos dafür, daß sogar seine katholischen Glaubens-genossen beim Bau der Herz-Jesu-Kirche in Langfuhr ausgehungert wurden. Solche Tatsachen behalten auch die gläubigen katholischen Arbeiter im Gedächtnis. Sie fragen deshalb immer dringender, weshalb die Zentrumschriften die Religion nicht auch bei den Arbeitgebern als gefährdet ansehen? Weshalb sie also auch nicht zur Wahl gläubiger Arbeitgeber eine besondere Liste zur Gewerbegerichtswahl aufstellen? Es wächst auch im schwarzen Lager die Zahl der Arbeiter, die sich nicht mehr darüber täuschen lassen, daß die Auseinanderhebung der schwer geplagten Arbeiter im Namen des Glaubens der arbeit-ferndlichsten Mißbrauch der Religion ist.

Deshalb schimpft das schwarze Blatt so sehr um seine Verlogenheit herum: Deshalb schwindelt es mit der bei ihm üblichen Dreistigkeit, die Sozialdemokratie (soll heißen: die freien Gewerkschaften) sprengte die Arbeiterkraft durch den Kampf gegen Religion und Vaterland auseinander.

Der belebende Regen

für das Geschäft ist das Inserat, das ihm Käufer und damit Lebenskraft zuführt. Von Wichtigkeit ist jedoch, daß das Inserat richtig abgefaßt ist und

zur richtigen Zeit

in der richtigen Zeitung erscheint. In Danzig mit tausenden von Wertarbeitern kann nur die Arbeiterzeitung **Volkswacht** in Frage kommen. Ein Inserat in der Volkswacht

hat doppelte Wirkung.

Niemand kann sich mehr gegen das Vaterland und die Religion verjüngen, wie ausperrende Kapitalisten. Und doch veranlaßt die Tatsache unsere Christen nicht dazu, den organisierten Unternehmern eine eigene christliche Liste gegenüber zu stellen. Dann ist es aber ein schon sehr alter Zentrumschwindel, daß die Gewerkschaften und die Sozialdemokratie gegen die Religion und das Vaterland kämpfen. Es gehört aber zu der volksbetrügerischen Mache der Schwarzen, daß sie stets die Religion für gefährdet erklären, wenn ihre Verjüngungen an der Arbeiterkraft die verdiente Begeisterung erfahren. Der zentruntschäftliche Mißbrauch der Religion zur Förderung des Brotwuchers und Steuerraubes und sogar zur Förderung offenen Streikbruchs kann allerdings von jedem christlichen Arbeiterfreund und garnicht entschieden genug bekämpft werden. Nichts anderes taten die freien Gewerkschaften und die Sozialdemokratie und sie taten es vornehmlich auch im Interesse der gläubigen Arbeiter.

Wenn das schwarze Pharisäerblatt behauptet, zentruntschäftliche Aufgewerktschäftler hätten stets auf dem Standpunkt gestanden, daß die Arbeiterkraft wenigstens bei Lohn- und Arbeitsbewegungen einmütig und geschlossen vorgehe, so gehört dazu ange-sichts der Taten eines Winters und so mancher anderer Zentrumschriften eine besonders dreiste Stirn. Gerade bei Lohn-bewegungen haben die Zentrumschriften ihre arbeitserfindliche Quertreiberei in der skrupellosesten Weise betrieben, um sie bei Unternehmern und Behörden um jeden Preis anzubieten. Ihr Massenstreikbruch im Ruhrrevier spricht nach der Richtung gerade deutlich genug.

Wenn das schwarze Geschreibsel in der üblichen zentruntschäftlichen Bescheidenheit behauptet, daß die zentruntschäftlichen Aufgewerktschäftler der beste Schutz gegen die „Verrohung- und Verdummungsversuche“ der Sozialdemokratie und der nationalen Güter seien, so kann man den aufeinanderischen Unsinn auf sich beruhen lassen. Es genügt, darauf hinzuweisen, daß selbst die höchste Autorität der Zentrumschriften, der Papst, die Schwarzen jetzt direkt unter die geistliche Vormundschaft gestellt und sie für minderwertiger als die katholischen Arbeitervereine erklärt hat.

Jeder sich seiner Lage bewußte Arbeiter wird aus den unglücklichen Stillübungen des Zentrumsblattes lernen, daß er gerade bei der Gewerbegerichtswahl den schwarzen Quertreibern und Arbeiterverrättern eine deutliche Abgabe erteilen muß. Sie hatten im letzten Gewerbegericht einen viel zu großen Einfluß. Nur die Lautheit und unverständliche Gleichgültigkeit vieler Arbeiter hat ihnen diese Position verschafft. Das muß dieses Mal gründlich anders werden. Jeder wahlberechtigte freiorganisierte Arbeiter muß am Donnerstag unbedingt zu Wahl gehen! Wer das Gewerbegericht und seine Rechtsprechung nicht den zentruntschäftlichen Helfershelfern des Brotwuchers und Volksbetruges aus-liefern will, der darf nur für die Kandidaten der freien Gewerk-schaften, für die Liste 3, stimmen.

Die Krankenkasse „Die treue Selbsthilfe“ hielt am 10. November im Gewerbehaufe eine außerordentliche Generalversammlung ab. Der Anlaß dazu wurde von dem Kassensführer Bartel wie folgt dargelegt. Mit der gleichen Tagesordnung: Neufestsetzung der Beiträge habe sich bereits eine am 22. September stattgefundene Generalversammlung beschäftigt und auch nahezu einstimmig die Erhöhung des Wochenbeitrages von 45 auf 50 Pf. beschlossen. Die General-versammlung mußte aber deshalb wiederholt werden, weil das Ge-seh, durch welches das frühere Hilfskassengesetz vom 1. Juni aufgehoben wurde, vorschreibt, daß die erste Bekanntmachung bereits vier Wochen vor der Generalversammlung erfolgen soll. Diese Frist war bei der ersten Generalversammlung nicht eingehalten. Sie war nur in der statutarisch vorgesehenen Frist von einer Woche einberufen. Nachdem der Vorstand sich darüber Klarheit verschafft, daß das neue Gesetz entgegen-stehende Vorschriften ohne weiteres aufhebt, veranlaßte er die neue Versammlung. In der ausführlichen Begründung des Vorstandsantrages auf Erhöhung des Wochenbeitrages von 45 auf 50 Pf. verwies Herr Bartel auf Ausführungen, die er bereits im Frühjahr bei Erstattung des Geschäftsberichtes für das Jahr 1911 gemacht hatte. Danach sei die Entwicklung der Kasse nicht ungünstig gewesen. Die Mitgliederzahl habe sich von 1910 bis 1911 gesteigert von 6097 auf 6399 um 4,95 %. Ebenso stiegen die Bei-tragseinnahmen von 133 291,35 Mk. auf 139 779,45 Mk. um 4,88 % oder 4,86 %. Noch stärker stiegen indes die Ausgaben für die Leistungen an die Mitglieder. Die Ge-samtkrankheitskosten stiegen sich von 126 091,86 Mk. auf 139 401,67 Mk. um 13,31,01 Mk. oder 10,55%. Diese Ent-wicklung hielt auch im Jahre 1912 an. Die Vermehrung der Mitglieder und der Beiträge setzte sich fort. In den ersten 10 Monaten dieses Jahres betrug die Einnahme an Beiträgen 117 844,65 Mk. In der gleichen Zeit des Vorjahres waren es nur 109 645,65 Mk., so daß die ansehnliche Steigerung 8 199 Mk. betrug. Daneben stiegen sich aber wieder in noch stärkerem Verhältnis die Krankheitskosten. Sie bezifferten sich in den ersten zehn Monaten 1912 auf 124 527,37 Mk. gegen 111 210,00 Mk. in der gleichen Zeit des Vorjahres. Sie waren also um 11 317,37 Mk. und gegen die gleiche Periode des Jahres 1910 sogar um 22 978,69 Mk. gestiegen. Diese sehr erhebliche Steigerung zu verringern, liege außerhalb der Macht der Verwaltung. Sie zeige sich in gewissem Umfange bei allen Krankenkassen und habe verschiedene Ursachen: Der Vorstand wurde dadurch in die Notwendigkeit ge-setzt, im Frühjahr zur Bestreitung der dann besonders starken Ausgaben 14 400 Mk. dem Reservefond zu entnehmen. Zwar seien dem Fond bereits wieder 3000 Mk. zugeführt. Es bestehe aber wenig Hoffnung, daß bei den gegebenen Krankheitsverhältnissen noch ein erheblicher Betrag abgeführt werden könne. Hinzu komme, daß der gesetzlich notwendige Mindestbetrag des Reservefonds automatisch steige. Am Schluß des Jahres 1911 war er mit 129 000 Mk. bereits voll vorhanden. Für den Schluß des Rechnungsjahres 1912 solle er aber bereits infolge der Vergrößerung der Kasse 138 800 Mk. betragen. Nach der erwähnten Abhebung enthalte der Reservefonds jetzt tatsächlich 118 080 Mk. Das sei bei der guten Gesamtsituation der Kasse kein schlechtes Zeichen. Die weitaus meisten deutschen Krankenkassen ständen mit ihrem Reservefond viel tiefer unter dem gesetzlichen Mindestbetrage. Deshalb schreibe das Gesetz auch nur vor, daß die Kassen wenigstens 10 % ihrer Beiträge zum Reservefonds abführen sollten, wenn er den Mindestbetrag nicht erreiche. Um diese Bestimmungen zu erfüllen und der Steigerung der Aus-gaben, die den Mitgliedern zu gute kommen, auszugleichen, habe sich der Vorstand zu dem Antrage auf Erhöhung des Wochenbeitrages entschlossen. So ungern er sich dazu entschlossen habe, so bleibe doch die Kasse auch nachher die günstigste Versicherung. Sie gewähre für 45 Pf. Wochenbeitrag auf 26 Wochen pro Woche 10,50 Mk. Krankengeld und zahle 100 Mk. Sterbegeld. Hiesige Orts-krankenkassen mit ähnlichen oder gleichen Leistungen er-höhen wesentlich höhere Beiträge. Die Hilfskasse Viktoria erhebe 50 Pf. Wochenbeitrag und außerdem noch aus besonderen Anlässen Extrabeiträge. Dafür erhielten die Mitglieder in der Woche für 6 Tage täglich 1,40 Mk., 8,40 Mk. Krankengeld. Davon werde aber noch der Wochenbeitrag von 0,50 Mk. ab-gezogen, so daß das Krankengeld tatsächlich nur 7,90 Mk. betrage. Herr Bartel empfahl dringend den Vorstandsantrag und rät unbedingt von der Herabsetzung der Leistungen ab. Nur Herr Dulski widersprach dem Antrage, weil er nach seiner, durch absolut nichts begründeten, Ansicht ungenügend sei und forderte dafür, unter dem heftigen Widerspruch der über-großen Mehrheit der Anwesenden, die Auflösung der Kasse. Ein Mitglied und der Vorsitzende wiesen die Ausführungen Dulskis als absolut haltlos zurück. Herr Bartel machte darauf aufmerksam, daß der Vorstandsantrag auch deshalb aller Vor-aussicht nach genüge, weil das neue Gesetz die Zuführungen zum Reservefonds auf nur 5 Prozent der Beiträge beschränke. Der Vorschlag auf Auflösung der Kasse sei so unbegründlich und unverantwortlich, daß er sich von selbst erledige. Der Vor-satz nahm die Versammlung mit 13 gegen nur 11 Stimmen den Antrag des Vorstandes an.

Der in dieser Versammlung aufgetretene Dulski ist das neueste Christenlicht, das viele unserer Genossen sehr genau kennen. Trotzdem er sich schon in der Frühjahr-Generalver-sammlung der Kasse eine derbe Abfuhr geholt, hatte das christ-liche Gewerkschaftskartell zu dieser Generalversammlung seine Rannen wieder besonders mobil gemacht. Der Christenfig in der Generalversammlung sollte so eine Art Vorspiel für die Gewerbegerichtswahl werden. Nachdem die famose „praktische Arbeit“ Dulskis in der Versammlung selbst von seinen jetzigen Gesinnungsgenossen die gebührende Zurückweisung fand, rächte sich sein Westpr. Volksblatt durch einen „Bericht“, der so ein-leuchtend und kenntnisvoll ist, daß er für sich selbst spricht.

Der kritische Theaterkrieg.

den die Neuesten Nachrichten am 4. November mit reichlichem Getöse gegen den Direktor des Stadttheaters eröffneten, ist am 7. November von der Firma Fuchs schon wieder und zwar so glorreich, wie wir das vermuteten, eingestellt. Die Neuesten hatten die teilweise Einstellung der Berichterstattung über das Stadttheater angebroht, weil Direktor Grünher sich einen tat-sächlich ungewöhnlichen Angriff gegen die Freiheit der Kritik

Schädel Fleisch mehr leisten kann. Andererseits spielen die an sich noch recht hohen Preise des russischen Fleisches eine erhebliche Rolle. Möge also die Stadtverwaltung anstatt auf die Wünsche der Elbinger Zeitung und ihrer Hintermänner bezüglich Einstellung des Fleischverkaufs einzugehen, erst die in Aussicht gestellten Verbesserungen durchzuführen und die Verkaufstage näher an erfolgreiche Arbeiterlöhnungen verlegen, dann wird das Resultat schon ein ganz anderes werden. Bei dieser Gelegenheit halten wir es für angebracht, erneut die Forderung an die hiesigen Großunternehmer zu richten, die acht tägige Lohnzahlung am Freitag einzuführen, damit die Arbeiterkraft die ihr gebotenen Chancen für billigeren Nahrungsmittel-Einkauf auch auf Wochenmärkten besser ausnutzen kann. Wann wird hier diese soziale Einsicht dämmern?

Konsumvereinsversammlung.

Ueber das Ringen der Arbeiterklasse um höhere Lebenshaltung sprach am Dienstag, den 5. November im Volkshaufe Genosse Piotrowski aus Breslau vor einer gut besuchten Versammlung. Redner führte aus, daß in der jetzigen Zeit der Unruhen und Teuerung und der sich steigenden Interessengegenstände und Kämpfe der Weg der Selbsthilfe der einzig richtige zur Hebung der Lebenslage des Volkes sei. Neben den starken wirtschaftlichen und politischen Organisationen müsse der feste Zusammenschluß aller Konsumenten mehr und mehr gepflegt und ausgebaut werden. Die großartigen Erfolge der englischen und in letzter Zeit auch der deutschen organisierten Konsumenten auf dem Gebiete der Eigenproduktion müsse für die Elbinger Arbeiterklasse ein Ansporn sein, sich dem hier bestehenden Konsum- und Sparverein in Massen anzuschließen und sich wirtschaftliche Vorteile und Selbstständigkeit zu sichern. Die Versammelten, welche mit sichtlichem Interesse den Ausführungen des Referenten gefolgt waren, bewiesen durch Beifallsbezeugung, daß ihnen aus dem Herzen gesprochen war, und erklärten sich zum Beitritt in den Konsum-Sparverein von Elbing und Umgebung bereit. Die Diskussion bewegte sich im Sinne des Referats.

Danzig-Land.

Bürgerwieser.

Am Sonntag fand in Ermangelung eines Lokals in der Wohnung eines Genossen die Mitgliederversammlung des sozialdemokratischen Vereins statt. Genosse Lorenz referierte über die Entwicklung des Sozialismus. Sein circa einstündiger Vortrag wurde von der Versammlung sehr beifällig aufgenommen. Zu der bevorstehenden Gemeinderatswahl wurde als Kandidat der Genosse Rehberg aufgestellt. Auch wurde derselbe als Delegierter zu dem am 17. dieses Monats stattfindenden westpreussischen Parteitag gewählt. Mit dem Hinweis auf regen Agitation bei den Gewerbegerichtswahlen schloß der Vorsitzende, Genosse Cornelien, die Versammlung.

Marienburg.

Abbruch der Pontonbrücke.

Infolge des einsetzenden Frostes ist mit dem Abbauen der Pontonbrücke begonnen worden. Der Verkehr findet daher nur noch über die Rogatstrassenbrücke statt. Für die Geschäftsleute und namentlich für die Inhaber von Ausspannungen in Kalthof ist diese Maßnahme immer mit geschäftlichen Verlusten verbunden, fahren doch jetzt die Niederungsbewohner direkt zur Stadt, ohne erst Kalthof zu berühren. In solchen Zeiten regt sich immer wieder der Wunsch bei den Einwohnern von Kalthof, die Verbindung zwischen beiden Rogatjfern anstelle der Pontonbrücke durch eine feste Brücke herzustellen.

Graudenz.

Strafentraub.

Gemeinschaftlichen Strafentraub bezingen der 18 jährige Metallarbeiter Erich Stahlke aus Graudenz und der bereits viermal wegen Diebstahls bestrafte Kellner: Gustav Borchert aus Königsberg, die heute vor den Geschworenen standen. Der Sachverhalt ist folgender: In der Absicht, eine Warenlieferung zu bezahlen, traf der Gastwirt Scheffler aus Kreuzberg bei Pessen mit einem gefüllten Portemonnaie, etwa 500 Mark enthaltend, am 23. Rai, vormittags, in Graudenz ein. Bevor er seine Absicht auszuführen gedachte, besuchte er mit alten Bekannten mehrere Lokale. Von 10 bis 12 Uhr nachts befand sich der Angeklagte Stahlke im Restaurant Deutscher Kaiser; hier gefellte sich der Angeklagte Borchert zu. Der gleichfalls dort anwesende Scheffler war sehr freigiebig mit Getränken. Er bezahlte, obwohl stark angetrunken, noch die Zechen und steckte das Portemonnaie in eine Tasche. Wie der Angeklagte B. behauptet, hat er beim Herausstreiten aus dem Lokal dem Scheffler unbemerkt das Portemonnaie mit dem ganzen Inhalte gestohlen und an Stahlke auf dessen Verlangen, 200 Mark abgegeben, 200 Mark für sich behalten und 80 Mark davon seiner Frau gesandt, den Rest des Geldes aber fortgeworfen. Stahlke machte andere Angaben über den Vorfall. Das Gericht gewann jedenfalls die Ueberzeugung, daß die Angeklagten mit Gewalt gegen die Person des Scheffler vorgegangen sind. Ihr Opfer hätten sie dann auf der Straße liegen lassen. Das Gericht verurteilte wegen Strafentraubes, unter Gewährung mildernder Umstände, den Stahlke zu 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis und zu 3 Jahren Ehrverlust, den Borchert aber zu 3 Jahren Gefängnis und 5 Jahren Ehrverlust. Beiden Angeklagten wurden 4 Monate der erlittenen Unterdrückungshaft auf die erkannte Strafe angerechnet.

Thorn.

Fleischversorgung.

Am 8. November trafen zwei Waggons mit russischem Schweinefleisch hier ein. Einer ist dem Bernehmen nach nach Graudenz befördert worden. Jeder Wagen enthält circa 10 000 Kilogramm. Das Fleisch wurde hier untersucht und dann den Verkaufsstellen übergeben.

Flatow.

Bund der Landwirte.

Am 7. dieses Monats fand im Duwensechen Lokale eine Versammlung seitens des Bundes der Landwirte statt, in welcher der Bundesredner Richter aus Berlin über Zeit- und Streiffragen sprach. Bei der Eröffnung teilte der Leiter der Versammlung, Amts-vorsteher Schmidt-Nomke, mit, daß hier nur Freunde und Interessenten der Landwirtschaft anwesend seien. Wenn jemand eine andere Meinung habe, wie die, welche vom Redner vertreten werde, so habe er diese nicht zu äußern. (Stille sein wie beim Kammer.) Es ist dies derselbe Amts-vorsteher, welcher den Tarnowker Arbeitern das Versammlungsrecht nehmen wollte. Hat er doch Versammlungen durch Verbot unmöglich gemacht. Eingedenk seiner Worte kam auch keine Diskussion zustande. Bemerkenswert ist noch, daß der Bäckermeister G r o h m a n n die Sozialdemokraten als Schweinepöbel bezeichnete und er das auch an den Reichstag geschrieben hätte. Grohmann ist der einzige Bäcker in unserem

2000 Einwohner zählenden Dorfe und kann sich, trotzdem seine Kundschaft fast nur aus Arbeitern besteht, von dem viele organisiert sind, solche Ausfälle wohl leisten. Am Schluß der Versammlung traten einige Herren dem Bunde bei, darunter ein Wauerer, Bestker von zwei Morgen Land. Man weiß nicht, was man von so einem Arbeiter halten soll. Will er sich vielleicht nach oben hin beliebt machen? Seine Arbeitskollegen mögen sich vor einem solchen Arbeiter, der offen bei unsern Begnern ist, in acht nehmen. Den oben bezeichneten Bäckermeister mögen sich die Genossen aus Tarnowke gefälligst merken.

Kleine Nachrichten aus Westpreußen.

Di. Eylau. In der letzten Sitzung der Stadtverordneten wurde zwecks Befreiung von Maßnahmen gegen die herrschende Teuerung eine aus sieben Herren bestehende Kommission gewählt. Der evangel. Kirchengemeinde wurden als Beihilfe zur Errichtung eines neuen Kirchhofes 400 Mark bewilligt.

Culmsee. Die hiesige Zuckerfabrik hat seit Beginn ihrer Kampagne am 26. September zwei Millionen Zentner Zuckerrüben verarbeitet.

Ein „Schwerer Junge“. Einen Hasen, der nicht weniger als 13 Pfund und 20 Gramm wog, hat vor einigen Tagen ein Dirshauer Nimrod erlegt. Bei der herrschenden Fleischteuerung immerhin ein erfreuliches Ereignis. Also nächstens werden die Arbeiter nur Hasenbraten essen müssen. (!)

Der Krieg auf dem Balkan.

Asquith über die Balkanverteilung.

London, 9. November.

Bei dem heutigen Lordmagorsbankett hielt Premierminister Asquith eine Rede, in der er ausführte, daß wir in einer sorgenvollen Zeit leben. Trotzdem könne er die befriedigende Zustimmung geben, daß Englands Beziehungen zu allen Mächten ohne Ausnahme so gute wie niemals seien. Nichts sei so unwahr wie der Glaube, daß die Mächte in verschiedene Lager geteilt seien. Die Balkanmächte allein hätten den Krieg beschlossen. Die Staatsmänner aller Länder hätten eingesehen, daß der Status quo eine gewogene Sache sei und die Dinge niemals so wie früher sein könnten. Die Landkarte Europas müsse neu entworfen werden. Die auf den alten Ideen basierenden Gedanken müßte man über Bord werfen. In einer Sache sei die Meinung ganz Europas einig, daß die Frucht der Siege den Siegern nicht entzogen werden dürfe. An der schließlichen Verteilung habe England keine direkten Interessen, aber andere Mächte, die Sonderbeziehungen haben, müßten eine Stimme in der endgültigen Erledigung der orientalischen Frage haben. Es läge im Interesse Europas, die vom Krieg betroffene Zone einzufrieden. Er glaube versichern zu können, daß die Regierung Englands mit dem ganzen Britenvolke jedoch dahin einig sei, daß England im Rate Europas mitzusprechen habe.

Die Kapitulation von Saloniki.

Athen, 9. November, 3 Uhr 30 Min. nachm. (Amtlich.)

Die Kapitulation von Saloniki sowie des Forts Karaburnu ist gestern abend unterzeichnet worden. 25 000 Mann haben sich ergeben.

Die erschütterte Tschataldschalinie.

Mahmud Mukhtar Pascha Kandidat für den Großwesirposten.

Konstantinopel, 9. November.

Nach sicheren, hierher gelangten, aber offiziell nicht bekannt gegebenen Nachrichten ist die Situation der türkischen Armee an der Tschataldschalinie eine sehr schlechte. Es scheint kaum möglich, daß die Armee sich noch aufhalten und die Linie siegreich behaupten sollte. Als Nachfolger für den zum Rücktritt entschlossenen Großwesir Riamil Pascha wird jetzt Mahmud Mukhtar Pascha genannt, obwohl Mahmud Mukhtar besonders bei Kirkkissia nicht gerade glänzend abgeschnitten hat.

Unruhen und Morde am Marmarameer.

Konstantinopel, 9. November.

Wie die Blätter melden, ist es in Siliwria am Marmarameer zu Unruhen gekommen, nachdem die türkischen Behörden gestohlen waren. In der allgemeinen Panik sollen vier Griechen, drei Armenier und drei Israeliten getötet und mehrere Personen verzwundet worden sein.

Suspendierung türkischer Blätter.

Konstantinopel, 9. November.

Tanin und Jeni Gazetta sind wegen aufsteigender Artikel suspendiert worden. Es scheint, daß die Behauptung der Jeni Gazetta, die Religion und das Kalifat seien in Gefahr, für zu übertrieben angesehen wird.

Die Kämpfe um Adrianopel.

Konstantinopel, 9. November.

Ein amtliches Telegramm des Wali von Adrianopel an den Großwesir vom 8. November meldet: Zwei Eskadronen und eine feindliche Kompanie griffen unsere Truppen an, die mit der Verteidigung der drei Stunden von Adrianopel entfernten Eisenbahnstation Urki betraut waren. Dreißig Bulgaren wurden dabei getötet, die übrigen zurückgeworfen. Ein zweites Telegramm berichtet von einem Kampf, der auf der Westseite der Befestigungen von Adrianopel in dem Sektor von Marasli stattfand, von 7 Uhr morgens bis 8 Uhr abends dauerte, nach einer Unterbrechung von einer halben Stunde wieder aufgenommen wurde und bis zum folgenden Abend währte. Das Telegramm sagt: Der Feind konnte

den Bajonettangriffen unserer Truppen bei Marasli nicht widerstehen und mußte sich unter großen Verlusten in Unordnung zurückziehen. Einige hundert Mannliewegewehr und Muntflinten fielen in unsere Hände. Auf der Westfront brachte unsere Artillerie die des Feindes zum Schweigen. Auf der Südfront wurde der Feind mehrfach von Karaköpe zurückgetrieben. Das Gefecht dauerte 38 Stunden und endete mit einem glänzenden Siege, der ein Ehrenblatt in der türkischen Geschichte darstellt.

Frauenbewegung.

Sozialistische Frauenbewegung im Ausland.

Die sozialistische Frauenbewegung Hollands hat eine Zeit regster Arbeit vor Augen. Die große Wahlrechtsdemonstration hat zwingend daran gemahnt, daß im Jahre 1913 die Wahlen zum Parlament stattfinden. Das ist ein wichtiger und großer Anlaß, die gewonnenen Erkenntnisse in die Tat umzusetzen. Die sozialdemokratischen Frauenorganisationen werden das mit Ernst und Begeisterung tun. Sie werden das Wahljahr zur Wahrung der proletarischen Frauen und zu ihrer politischen Schulung in den sozialdemokratischen Frauenklubs und durch sie benutzen. Daher soll die diesjährige Winterarbeit der organisierten Genossinnen im Zeichen der Bemühungen stehen, durch rührige Agitation das Interesse der breitesten Frauenmassen für das politische Leben im allgemeinen und die Wahlen im besonderen zu erwecken und die Mitglieder der sozialdemokratischen Frauenklubs regelmäßig Bericht über die wichtigsten Vorgänge des politischen Lebens senden, und diese Berichte sollen in den Versammlungen der Klubs Gegenstand der Erörterung sein. Dabei wird auch die Gemeindepolitik besondere Berücksichtigung erfahren, insbesondere die soziale Fürsorge durch die Kommunen. Es stehen nämlich auch Gemeinderatswahlen bevor. Damit die Gründung von mehr sozialdemokratischen Frauenklubs angeregt und gefördert wird oder doch, wo die Kräfte dazu noch fehlen, die Gründung von Propaganda-Kommissionen, werden die organisierten Genossinnen versuchen, in allen Teilen des Landes Vertrauenspersonen aufzustellen, die die Agitation in ihrem Bezirk zu leiten und zu bereiten haben. Wie bisher, so wird bei allem die Arbeit der Genossinnen wirksam durch ihr Organ unterstützt werden, die „Proletarische Frau“. Das Blatt wird immer mehr gelesen, es erscheint in einer Auflage von 5200, seine Abonnentenzahl beträgt jetzt rund 3000, durch Verkauf werden 1750 Exemplare abgesetzt. Recht tüchtige Arbeit leistet die Pressekommission der Genossinnen, die den Gewerkschafts- und kleineren Parteiblättern die Beiträge für eine besondere Frauenspalte liefert. 15 Partei- und 20 Gewerkschaftsblätter haben diese Rubrik regelmäßig, im Durchschnitt erscheint alle 14 Tage in 20 Organen ein Artikel. Die Pressekommission zählt 14 Mitarbeiterinnen, wächst ihre Zahl, so wird auch die der Blätter noch zunehmen, die eine besondere Rubrik für die Frauen haben. Im letzten Jahre hat die Organisation der sozialdemokratischen Frauen gute Fortschritte gemacht. Es bildet sich allmählich eine Kerntruppe geschulter, zielklarer Genossinnen, die sich ganz unserer Sache hingeben; es wächst die Zahl der Frauen, die unter den Massen die sozialdemokratischen Ideen verbreiten. Voller Zuversicht und frischen Mutes gehen die Genossinnen in Holland an ihre Winterarbeit.

Helene Ankersmit, Amsterdam, Sekretärin d. Bundes sozialdemokratischer Frauenpropagandaklubs.

Literatur.

Protokoll des sozialdemokratischen Parteitages Chemnitz 1912. Verlag Buchhandlung Vorwärts Paul Singer & Co. m. b. H., Berlin SW. 68. Preis 2,50 Mk., gebunden 3,50 Mk. Vereinsausgabe 1,25 Mk., gebunden 1,75 Mk.

Die Verhandlungen des Chemnitzer Parteitages sind nicht nur für jeden Sozialdemokraten, sondern für jeden Politiker überhaupt von größtem Interesse. Von den mannigfachen Verhandlungsgegenständen erwähnen wir: Bericht des Parteivorstandes. — Die Lebensmittelerzeugung. — Organisationsstatut. — Reichstagswahlen. — Stichwahlparole. — Bericht der Reichstagsfraktion. — Bergarbeiterfrage. — Imperialismus. — Maisfeier. — Internationaler Kongreß. — Ausschlußverfahren gegen Hildebrand.

Das Protokoll ist durch alle Buchhandlungen, Expeditionen und Kolporteurs zu beziehen.

Der Arbeiter-Rotiz-Kalender für das Jahr 1913 ist seeben im Verlage der Buchhandlung Vorwärts Paul Singer & Co. m. b. H., Berlin SW. 68, erschienen, und zwar in etwas größerem Format wie bisher. Neben dem üblichen Kalender-Adressen- u. w. Material bringt der Kalender wichtige politische und gewerkschaftliche Informationen. So ist das Ergebnis der Reichstagswahlen nach verschiedenen Gesichtspunkten behandelt. Außerdem hat die Gewerkschaftsbewegung in einer Anzahl statistischer Betrachtungen Berücksichtigung gefunden. Auch die wichtige Bildungsfrage kommt in einem Artikel: „Arbeiterbildung und Bildungsarbeit“ aus der beruflichen Feder des Genossen Heinrich Schulz zu ihrem Rechte. Ein sehr instruktiver Artikel des Genossen Emil Eichhorn beschäftigt sich mit der Reichsverfassung.

Der Kalender wird wieder ein treuer Ratgeber jedes in der Partei oder Gewerkschaft tätigen Genossen sein. Der Preis beträgt 50 Pf. Alle Buchhändler, Speditoren und Kolporteurs halten den Kalender vorrätig.

„In Freien Stunden.“ Eine Wochenschrift. Romane und Erzählungen für das arbeitende Volk. Jede Woche 1 Heft zum Preise von 10 Pf. Bestellungen durch alle Postanstalten, Expeditionen und Buchhandlungen. Probenummern kostenlos vom Verlag Buchhandlung Vorwärts Paul Singer & Co. m. b. H., Berlin SW. 68.

Besonders günstiges Angebot!
Solange der Vorrat reicht!
Berta von Suttner:
Die Waffen nieder.
Krieg dem Krieg.
Geb. 1 Mark, broschiert 0,60, Porto 20 Pfg.
Zu beziehen durch die
Buchhandlung Volkswacht
Danzig, Paradiesgasse 32.
Vorzüglichsten, garantiert reinen
- Schnupftabak -
empfiehlt
Eug. Seilin, Schülledamm 56.
Damen werden in und außer dem Hause billig frisiert.
Klein, Gr. Rammbau Nr. 2.
Friseur Ewald Krause, Ohra Schönhof, Weg 9.

Herren-Kleidung.

<p>Paletots aus dunkelgestr. Eskimo u. Melton 21,00.™</p> <p>Ulster aus hübschen Stoffen engl. Art, eleg. Schnitt 21,00.™</p> <p>Ulster aus neuesten Pausch-ähn. Stoff, hoheleg. 27,00.™</p> <p>Joppen aus Winterloden, zweireihig, warm gefüttert 7,50.™</p> <p>Kragenschoner weiß und farbig . . von 40.™</p>	<p>Anzüge aus dunkel Kammgarn und Cheviot 23,00.™</p> <p>Anzüge in engl. Geschmack ein- und zweireihig 18,50.™</p> <p>Hosen aus grau-, hell- und dunkelmeliertem Stoff 3,00.™</p> <p>Hosen aus modern gestreiften Kammgarnen 7,00.™</p> <p>Krawatten große Auswahl in allen Formen.</p>
---	--

Barzahlung 4°. **Herren-Mützen.** Barzahlung 4°.

Ertmann & Perlewitz

Holzmarkt 23, 25, 26 :: Breitgasse Eckz.

